



Stadt

Land

Gemeinden

Startseite | Basel | Stadt | Museums-Affäre – Bürgerliche wollen Ackermann an den Kragen

Abo **Museums-Affäre**

Bürgerliche wollen Ackermann an den Kragen

SVP bis CVP wollen bereits nächsten Mittwoch im Grossen Rat den Bericht der Geschäftsprüfer zur Museumsmisere behandeln. Hinter den Kulissen wird zudem über einen möglichen Dossierentzug der Regierungspräsidentin diskutiert.



Joël Hoffmann

Publiziert: 01.09.2020, 21:00



Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann wird sich vor dem Grossen Rat wegen ihrer umstrittenen Personalpolitik erklären müssen.

Foto: Dominik Plüss

Der Grünen-Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann fliegt die Affäre rund um das Historische Museum und dessen geschassten Direktor regelrecht um die Ohren: Ein Sonderbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates, der am 20. August veröffentlicht wurde, stellte ihr ein miserables Zeugnis aus. Sie hätte dem Parlament und der Öffentlichkeit in der Causa nicht die Wahrheit gesagt. Es folgten geharnischte Reaktionen der bürgerlichen Parteien und kritische Kommentare in den Medien. Ackermann ging am Wochenende zum Gegenangriff über und attackierte die GPK. Nun mobilisieren die bürgerlichen Parteien, was den stärksten

Verbündeten der Regierungspräsidentin, die SP, in die Bredouille bringt.

Ackermann wehrt sich in einem den Medien zugespielten Brief an die Mitarbeiter des Museums gegen die Kritik der Kontrollinstanz. Sie sei nicht angehört worden, behauptet sie, obwohl das nicht wahr und der GPK-Bericht politisch breit abgestützt ist. Die SVP reagierte bereits am Montag mit einer Interpellation von Pascal Messerli, der in 13 Fragen ganz genau wissen will, wie viel die Affäre den Steuerzahler kostet. Die LDP doppelte gleichentags mit Heiner Vischer nach, der unter anderem wissen möchte, was die Gesamregierung von Ackermanns Kritik an der GPK hält. Ackermann habe «versagt», urteilt Vischer. Und ihre Reaktion auf die GPK sei einer Regierungspräsidentin «unwürdig».

Doch damit nicht genug: Die Wut bei vielen Grossräten und GPK-Mitgliedern auf Ackermann ist so gross, dass nächste Woche an der Grossratssitzung der Antrag gestellt wird, den GPK-Bericht dringlich zu behandeln, also sofort und nicht erst in ein paar Wochen. Die bürgerlichen Parteien sind geschlossen dafür. Dazu sagt etwa FDP-Präsident Luca Urge: «Die unhaltbare Kritik von Frau Ackermann an der GPK zeigt, dass die Regierungspräsidentin nicht das geringste Fehlerbewusstsein hat. Es ist darum notwendig, dass sich der Grosse Rat nun möglichst rasch hinter die GPK stellt.»

SP-Präsident bleibt vage

Dieses politische Manöver – den Antrag, den GPK-Bericht dringlich zu behandeln – setzt die grösste Partei und Ackermanns Bündnispartnerin, die SP, unter Druck. Denn:

Damit der Antrag durchkommt, müssen zwei Drittel der Grossräte dafür votieren. Werden die Sozialdemokraten für den Antrag stimmen und damit die Grünen verärgern? Oder werden sie sich sperren und damit die GPK desavouieren, die von einem Genossen präsiert wird?

SP-Präsident Pascal Pfister, der sich in den Medien bisher stets hinter Ackermann gestellt hat, bleibt vage: «Die Corona-Massnahmen waren dringlich, ein GPK-Bericht könnte ordentlich traktandiert werden. Dennoch sperre ich mich nicht, und ich kann mir vorstellen, dass auch die SP-Fraktion nicht dagegen sein wird. Aber wir werden unsere Haltung zum GPK-Bericht noch in der Fraktion besprechen.» Pfister hält zudem fest, dass die Debatte sowohl für die SP als auch für Ackermann die Möglichkeit bietet, inhaltlich «gewisse Punkte im Bericht einzuordnen, denn auch ein GPK-Bericht darf inhaltlich diskutiert werden». Es sei darum für Pfister «vollkommen legitim», wenn Ackermann, wie am Wochenende geschehen, auf die Kritik reagiert. Pfister ärgert sich vor allem über die «ungerechtfertigten Angriffe» der Bürgerlichen: «Sie missbrauchen den GPK-Bericht, um Stimmungsmache gegen Frau Ackermann zu betreiben.»

Sympathien für Dossierentzug

Während die SP den Spagat wagt zwischen dem Respekt vor demokratischen Institutionen (GPK) und der Bündnispartnerin (Grüne, Ackermann), bereiten einige Bürgerliche einen weiteren Angriff vor: Die SVP will während der GPK-Debatte die Regierung auffordern, Ackermann das Museumsdossier zu entziehen. Deren Fraktionschef Messerli sagt auf Anfrage, dass sich das Erziehungsdepartement um die Museen kümmern solle, so

wie das vor der Einführung des Präsidialdepartements gewesen sei. Und: «Die anderen Parteien sind eingeladen, diese Forderung zu unterstützen», sagt Messerli.

FDP-Präsident Urgese betont, dass seine Fraktion dazu noch nichts beschlossen habe. Bei den Wahlen Ende Oktober könnten aber die Wähler entscheiden, ob Ackermann bleiben soll oder nicht. Für LDP-Grossrat Vischer jedoch könne man nicht bis zum Ende der Legislatur, also noch fünf Monate warten, bis es mit dem Museum wieder vorwärts geht. Traut er Ackermann zu, rasch das Ruder rumzureissen? «Die Hoffnung stirbt zuletzt», sagt Vischer. Trotzdem ist er gegen einen Dossierentzug, weil dies letztlich auch mehr Unruhe bringen könnte. Dennoch stösst das SVP-Anliegen auf Sympathien bis in die Mitte – etwa bei CVP-Präsident Balz Herter.